Presseinformation vom 22. September 2021

Forderungen des Marburger Bundes überfordern kommunale Krankenhäuser

Forderungen der Gewerkschaft Marburger Bund für die Ärztinnen und Ärzte an kommunalen Krankenhäusern würde Kostenvolumen von mehr als 400 Millionen Euro verursachen/Krankenhäuser brauchen flexible und bezahlbare Ruf- und Bereitschaftsdienste

Berlin. Die Gewerkschaft Marburger Bund hat heute ihre Forderungen anlässlich der anstehenden Tarifrunde für die Ärztinnen und Ärzte an den 324 kommunalen Krankenhäusern bekannt gegeben.

Dazu **Wolfgang Heyl, Verhandlungsführer der VKA und Vorsitzender des Gruppenausschusses der VKA für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen**: „Was der Marburger Bund fordert, ist deutlich überzogen und für unsere kommunalen Krankenhäuser nicht finanzierbar. Wegen ausgesetzter Behandlungen und Operationen aufgrund der Corona-Pandemie stehen die kommunalen Kliniken trotz der Ersatzleistungen finanziell so schlecht da wie lange nicht. Dass die Pandemie zu Mehrbelastungen bei vielen Ärztinnen und Ärzten geführt hat, ist uns bewusst. Die Forderungen müssen jedoch Maß und Mitte haben – über dieses Ziel ist der Marburger Bund deutlich hinausgeschossen."

Der Marburger Bund fordert für die rund 60.000 Ärztinnen und Ärzte an den kommunalen Kliniken Entgelterhöhungen von 5,5 Prozent bei einer Laufzeit von einem Jahr. Zudem sollen die Einsatzzeiten während der Rufbereitschaft deutlich reduziert sowie die bestehenden tariflichen Vorgaben für die Bereitschaftsdienste verschärft werden. Die Entgeltforderung allein würde Mehrkosten von rund 320 Millionen Euro für die kommunalen Krankenhäuser bedeuten. Auch die höhere Bereithaltepauschale, die der Marburger Bund anstrebt, schlägt in Abhängigkeit von der Verteilung der Dienste auf die Wochentage mit bis zu 100 Millionen Euro zu Buche.

„Die kommunalen Kliniken benötigen zwingend flexible Regelungen, damit sie ihren öffentlichen Auftrag zur Gesundheitsversorgung erfüllen können. Eine Versorgung der Bürger mit stationären Krankenhausleistungen rund um die Uhr an sieben Tagen in der Woche verlangt bezahlbare Ruf- und Bereitschaftsdienste mit flexiblen Arbeitszeitregelungen", so **Wolfgang Heyl** weiter. „Der Marburger Bund überfordert die kommunalen Kliniken mit seinen weitreichenden Forderungen, die auch die Arbeitsorganisation betreffen. Bei Erfüllung dieser Forderungen drohen den kommunalen Krankenhäusern ganz erhebliche Mehrausgaben. Die Summe aus Entgeltforderung und Bereithaltepauschale entspricht einer Entgelterhöhung für die Ärztinnen und Ärzte von rund 7,3 Prozent pro Jahr. Zudem sind die weitreichenden Forderungen zur weiteren Begrenzung der Bereitschaftsdienste und der Rufbereitschaft schlicht nicht umsetzbar. "

Die erste Verhandlungsrunde mit dem Marburger Bund ist für den 14. Oktober 2021 angesetzt.

Die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) ist der Spitzenverband der kommunalen Arbeitgeberverbände in Deutschland. Sie regelt die Arbeitsbedingungen für die kommunalen Beschäftigten und schließt Tarifverträge mit den zuständigen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Die VKA vertritt fast 10.000 kommunale Arbeitgeber in Deutschland mit mehr als 2,3 Millionen Beschäftigten.

Pressekontakt: Ulrike Heine
Telefon: (030) 209 699 461, Mobil: 0160 9412 1850, E-Mail: ulrike.heine@vka.de